

Beschlussfassung

CDU-Kreisverband Lübeck

Vorlage für den Kreisparteitag am 6. September 2024

Lübecker Thesen zur Sicherheitspolitik

1. Zur Lage

Der seit über zweieinhalb Jahren andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Drohungen Russlands gegenüber unseren osteuropäischen Partnern und die hybriden Angriffe auf unsere Infrastruktur haben verdeutlicht, dass wir Russland zu positiv beurteilt haben. Die Auffassung Europa sei „von Freunden umzingelt“ war naiv. Auch von China gehen Gefahren aus. Sein Bestreben, die Weltmacht Nr. 1 zu werden, wird z. B. durch staatlich gelenkte Cyberattacken begleitet, um unser industrielles Know-How sowie unsere Sicherheitsstrukturen auszuspionieren und dadurch unser Land zu schwächen.

Wir wollten weiterhin Frieden mit immer weniger Waffen schaffen und eine Rückkehr zur Rüstungskontrolle, sehen aber, dass wir kurz- und mittelfristig keine andere Möglichkeit haben, als den Bedrohungen sehr viel robuster als bisher begegnen zu müssen.

Die USA werden weiterhin der wichtigste Sicherheitspartner Europas bleiben. Die gemeinsame Sicherheitspartnerschaft zwischen Nordamerika und Europa in der NATO ist daher wichtiger denn je, insbesondere für eine glaubhafte auch atomare Abschreckung. Wir sehen aber auch, dass die USA zukünftig stärker in anderen Weltregionen gebunden sein werden. Der Schutz Europas wird zukünftig vor allem eine Aufgabe der Europäer sein, die bereit sein müssen, diese Verantwortung auch anzunehmen und auszufüllen.

2. Verträge und Kontrolle

Wir streben nach dem Ende des russisch-ukrainischen Krieges und der Schaffung neuer Stabilität an, mit Russland wieder zu einer gemeinsamen Rüstungsbegrenzung zu gelangen. Um zukünftige Fehleinschätzungen vermeiden, wird eine effektivere Kontrolle der russischen Rüstung erforderlich sein. Es darf nie wieder passieren, dass die Bundeswehr ihren Kampfpanzerbestand auf wenige hundert reduziert, während Russland auf zehntausende eingelagerte Kampfpanzer zurückgreifen kann. Das Gleiche gilt für andere Reserven, wie zum Beispiel Munition. Zu einer effektiven Kontrolle gehört auch die Stärkung unserer Nachrichtendienste, um auf Veränderungen der Lage schneller als bisher reagieren zu können.

Wir sehen, dass Russland in der Ukraine bedenkenlos Waffensysteme und Methoden einsetzt, deren Abschaffung wir anstreben.

Damit wir im Fall von bewaffneten Konflikten unsere Verteidigungsfähigkeit nicht im Übermaß beeinträchtigen, wollen wir bisherige Verträge zur Rüstungsbegrenzung überprüfen und ggf. auch kündigen. Ein Beispiel ist die Streumunition. Wir streben weiter ein allgemeines Verbot der Streumunition an. Solange dies nicht umsetzbar ist, werden wir zukünftig nicht mehr auf sie verzichten können, aber die Blindgängerwahrscheinlichkeit reduzieren.

3. europäische Rüstungsindustrie

Wir wollen eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie. Komplexe und entsprechend teure Waffensysteme müssen aus Kostengründen und für einfaches Handling bei gemeinsamen Einsätzen viel stärker koordiniert beschafft und gewartet werden. Das setzt voraus, sich innerhalb Europas und der NATO auf gemeinsame Standards und Anforderungen zu verständigen, um eine koordinierte und effiziente Beschaffungspolitik zu ermöglichen und zugleich die Interoperabilität zu stärken. Auf neue militärische Erkenntnisse muss schneller als bisher reagiert werden. Der Einsatz von Drohnen und anderen unbemannten Waffensystemen und der Einsatz von künstlicher Intelligenz müssen mehr als bisher berücksichtigt werden. Die hinreichende Kontrolle militärtechnischer Systeme durch den Menschen muss aber hinreichend gewahrt bleiben. Komplexe bemannte Waffensysteme müssen so konfigurierbar und automatisierbar sein (so zum Beispiel bei der neuen Fregatte der Baden-Württemberg-Klasse), dass der Mannschaftsbedarf möglichst gering bleibt und freigewordene Dienstposten für Wechselbesatzungen eingesetzt werden können.

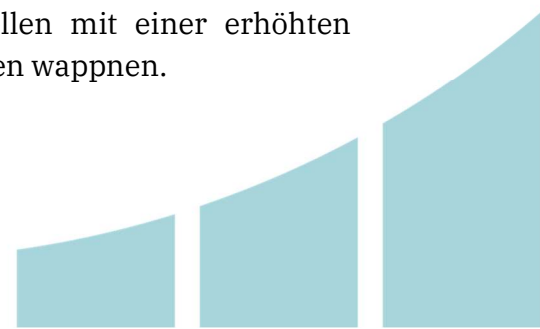
4. Bundeswehr

Die Landes- und Bündnisverteidigung ist wieder der Schwerpunkt unserer Verteidigungspolitik. Dazu gehört auch der verstärkte Schutz unserer Handels- und Versorgungswege, schon bevor es zu einem bewaffneten Konflikt kommen kann. Das wird zu einem großen Teil Aufgabe unserer Marine und der unserer Partner sein.

Unsere Infrastruktur (z.B. unsere Wasser- und Energieversorgung oder der Schutz unserer Kommunikationsmöglichkeiten, zu denen auch Unterseekabel gehören) werden wir effektiver sichern müssen. Konzepte müssen erarbeitet, die Umsetzung angemessen trainiert und regelmäßig überprüft und optimiert werden. Dies erfordert Zeit und Geld, dass hierfür mit Priorität zur Verfügung zu stellen ist. Für diese Querschnittsaufgabe sind neben der Bundeswehr auch eine Vielzahl weiterer staatlicher und privater Akteure einzubeziehen.

Erst nach der Erfüllung der Kernaufgaben im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung können wir uns weiteren Aufgaben in der Welt zuwenden.

Versuche von Cyberattacken müssen wir frühzeitig erkennen, möglichst verhindern und uns im Zusammenspiel von zivilen und militärischen Stellen mit einer erhöhten Cybersicherheit und Resilienz unserer IT-Infrastruktur dagegen wappnen.



Zudem müssen wir uns zur Abschreckung auch mit entsprechenden Gegenschlägen wehren können. Wie bei militärischen Bedrohungen muss auch die aktive Verteidigung gegen Cyberangriffe, die unmittelbar bevorstehen, rechtlich möglich sein.

Um die Durchhaltefähigkeit unserer Streitkräfte zu verbessern, benötigen wir mehr militärische Reserven. Dazu gehören neben Ausrüstung insbesondere auch größere personelle Reserven. Wir begrüßen deshalb den Beschluss des CDU-Bundesparteitags zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, sowohl um einen schnellen und zahlenmäßig großen Aufwuchs im Konfliktfall zu ermöglichen als auch, um die Gewinnung von Zeit- und Berufssoldaten für die Bundeswehr zu erleichtern. Zur Verbesserung des Verteidigungsumfangs wollen wir auch die Zahl der Heimatschutzregimenter deutlich ausbauen.

Zudem sind auch die Einrichtungen des zivilen Bevölkerungsschutzes in technischer Ausstattung sowie in personeller und organisatorischer Aufstellung zu stärken. Ob freiwillige Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz oder weitere Einrichtungen – wie wichtig derartige Organisationen sind, sehen wir gerade am Beispiel der Ukraine oder auch immer wieder bei der Bewältigung von Naturkatastrophen.

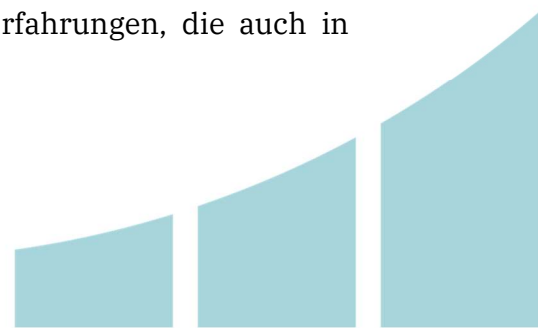
Für den Zivil- und Katastrophenschutz gelten laut Grundgesetz verschiedene Zuständigkeiten. Während der Bund die Aufgabe hat, die Bevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren (Zivilschutz) zu schützen, sind die Länder für den Schutz vor großen Unglücken und Katastrophen in Friedenszeiten zuständig (Katastrophenschutz).

Die heutigen vielfältigen Gefahren machen es aus unserer Sicht nötig, dies zu ändern. Die Zuständigkeiten für Zivil- und Katastrophenschutz sollten in einer Hand liegen. Deshalb sollte die Gesamtzuständigkeit beim Bund liegen.

5. Mentalität

Verteidigungsfähigkeit setzt Verteidigungswillen voraus. Wir wollen mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit auch militärischer Verteidigung und des Zivilschutzes schaffen. Die westliche Außen- und Verteidigungspolitik muss stärker in den schulischen Lehrplänen berücksichtigt werden. Der Besuch von Jugendoffizieren und die Aufklärung über zivil-militärische Zusammenarbeit in den Schulen muss selbstverständlich werden. Sogenannte „Zivilklauseln“ mit denen sich Hochschulen der Zusammenarbeit zu Verteidigungszwecken verweigern, sollen aufgehoben werden. Die oft noch vorhandene moralische Herabsetzung der Rüstungsindustrie und demokratischer militärischer Traditionen muss beendet werden. Um die Bundeswehr wieder sichtbarer werden zu lassen, begrüßen wir öffentliche Gelöbnisse.

Die Ableistung der Wehrpflicht führt zu Eindrücken und Erfahrungen, die auch in beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen hilfreich sind.



Diese Qualifikationen müssen bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst oder bei Wartezeiten für Studiengänge angemessen berücksichtigt werden. Wehrdienst geleistet zu haben, dient auch der mentalen Verteidigung. Wer den Auftrag der Bundeswehr mit erfüllt hat, ist resilienter gegen die Beeinflussung durch „Fakenews“.

Auch die EU muss ein anderes Bewusstsein zeigen. Die sogenannte Taxonomie-Verordnung der EU (2020/852) darf den Notwendigkeiten der Verteidigung nicht entgegenstehen.

6. innere Wehrhaftigkeit

Wir respektieren, dass unsere politischen Mitbewerber im demokratischen Spektrum zumindest teilweise ihre bisherigen pazifistischen Haltungen revidiert haben. Zugleich beobachten wir, dass der politische Extremismus, gleich welcher Richtung, als verlängerter Arm von systemischen Rivalen, insbesondere Russlands, aktiv ist. Unsere Verfassungsschutzbehörden müssen verfassungsfeindliche Bestrebungen besser überwachen. Hierfür müssen erforderliches Know-How aufgebaut, stets zeitgemäße technische Mittel verfügbar und der rechtliche Handlungsrahmen geschaffen sein/werden. Wenn die Voraussetzungen für ein Verbot von Vereinen oder Parteien zweifelsfrei vorliegen, müssen Verbote konsequent umgesetzt werden.

7. ausländische Extremisten

Wer als Ausländer offene Sympathien für autokratische oder diktatorische Systeme zeigt, oder verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, muss schnell und konsequent abgeschoben werden. Ausländerrechtliche Verfahren sind dafür zu straffen. Die Aufnahmebereitschaft der Herkunftsländer ist, ggf. durch Koppelung an andere Maßnahmen, wie Entwicklungshilfeleistungen, zu sichern.

8. Infrastruktur

Der zivile Schutzraumbau muss steuerlich besser gefördert werden (Abschreibungen auch bei reiner Eigennutzung ermöglichen). Geeignete öffentliche Einrichtungen wie U-Bahnstationen sollen grundsätzlich auch als Schutzräume für Notfälle geeignet sein.

Mit der Umstellung des Rundfunks auf DAB+ muss ein effektives Alarmsystem aufgebaut werden, das zügig über aktuelle Bedrohungen und Handlungsanweisungen zum Selbstschutz informiert und verlässlich die Bevölkerung tatsächlich erreicht.

Unsere Infrastruktur, wie die Verkehrswege, die Energieversorgung und die Kommunikation, müssen nicht nur bei akuter Bedrohung militärisch, sondern auch bereits gegen hybride Bedrohungen mit wirksamen Mitteln geschützt werden. Wir begrüßen die Pläne der CDU Deutschlands zur Gründung eines Nationalen Cyberabwehrzentrums, das sich um den Schutz unserer kritischen Infrastruktur kümmert.



Wo immer es sinnvoll erscheint, wollen wir unsere Infrastruktur möglichst dezentralisieren, aber ihren Verbund ermöglichen, um punktuelle Ausfälle zu kompensieren.

Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt sollte eine zentrale Stelle für eine bereichsübergreifende Resilienzplanung bestimmen. Für Lübeck könnten das die Stadtwerke sein.

9. Strategie

Die NATO hat sich für die Europäische Union als überlebensnotwendig erwiesen. Wir freuen uns, dass mit der Aufnahme Finnlands und Schwedens die Basis für das größte Defensivbündnis der Menschheitsgeschichte gestärkt werden konnte. Wir wollen, unter Beachtung aller weiteren außenpolitischen Aspekte, offen für die Aufnahme weiterer Staaten sein. Dazu gehört die Ukraine nach der Beendigung des Krieges. Staaten, deren Zielsetzungen uns noch unklar ist, wie Serbien, wollen wir zunächst durch Kooperationen, die das Bündnis nicht belasten, eine Perspektive für einen späteren Beitritt geben.

Die Erfahrungen in der Europäischen Union haben gezeigt, dass das Prinzip der einstimmigen Entscheidungen auch an seine Grenzen stoßen kann, gerade in schwierigen Zeiten. Hier sollten die Vereinbarungen soweit als möglich geändert werden in Richtung „qualifizierter Mehrheiten“ (z. B. $\frac{3}{4}$ Mehrheit), um die Handlungsfähigkeit des Bündnisses zu optimieren.

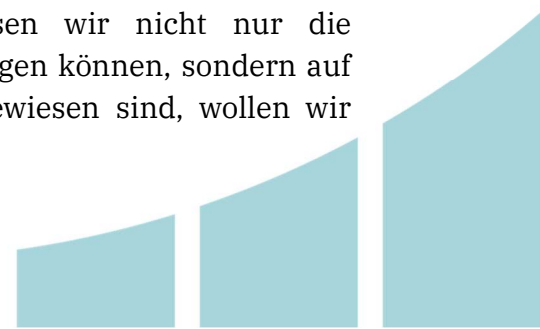
Für den Einsatz der Bundeswehr gilt weiterhin, dass hierfür stets ein Mandat durch den Deutschen Bundestag zu erteilen ist.

Unsere und die Interessen anderer demokratischer Staaten sind nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Regionen der Welt bedroht. Wir begrüßen es deshalb, wenn sich demokratische Staaten, wie zum Beispiel im Pazifikraum, zu festen Bündnissen zusammenfinden und wollen unsere Kooperation mit diesen Wertepartnern vertiefen.. Die Demokratien westlicher Prägung müssen sich stärker gegenseitig politisch und notfalls auch militärisch gegenseitig unterstützen.

Die derzeitigen geopolitischen Lager müssen wir als Realität anerkennen und entsprechend reagieren. Dennoch streben wir langfristig auch wieder eine Partnerschaft mit derzeit noch diktatorisch regierten und aggressiven Staaten wie Russland an. Eine verlässliche vertrauensvolle Partnerschaft bedingt allerdings die Wahrung der Menschenrechte und einer regelbasierten Außenpolitik.

10. Lieferketten, Autarkie in sicherheitsrelevanten Bereichen

Um wirtschaftliche Erpressbarkeiten zu mindern, müssen wir nicht nur die Handelswege sichern. Überall wo wir uns nicht selbst versorgen können, sondern auf den wirtschaftlichen Austausch mit anderen Ländern angewiesen sind, wollen wir einseitige Abhängigkeiten mindern und Risiken verteilen.



Es ist daher auf EU-Ebene anzustreben, bei Schlüsselbranchen autark zu werden. Ein „Ausverkauf“ von Schlüsseltechnologien ist zu verhindern, ggf. auch durch Staatsbeteiligungen an Unternehmen.

Stand: 16.09.2024

